

214-1 Weitere Besondere Vertragsbedingungen

Projekt: Klinikum Gütersloh GmbH - Umbau und Erweiterung Zentral-OP

Hinweis: Die in diesen Weiteren Besonderen Vertragsbedingungen (WBVB) benannten Paragraphen beziehen sich, wenn nicht anders angegeben auf die aktuell gültige VOB/B.

1. Vertragsbestandteile

- 1.1 Der Vertrag zwischen Auftraggeber und Auftragnehmer zur Umsetzung des Bauprojekts besteht aus folgenden Bestandteilen:
- der Leistungsbeschreibung nebst Anlagen,
 - den BVB,
 - diesen WBVB,
 - den Besondere Vertragsbedingungen des Landes Nordrhein-Westfalen zur Einhaltung des Tariftreue- und Vergabegesetzes Nordrhein-Westfalen (BVB TVgG NRW),
 - den Allgemeinen Technischen Vertragsbedingungen für Bauleistungen (VOB/C),
 - den Zusätzlichen Vertragsbedingungen zur Verhinderung illegaler Beschäftigung und Sanktionen bei Verstößen gegen diese Verpflichtungen für die Vergabe von Bauleistungen (BL-ZVB-ViB),
 - den Zusätzlichen Vertragsbedingungen zur Kontrolle der Verpflichtungen zur Tariftreue und Mindestentlohnung sowie Mindestarbeitsbedingungen nach dem Tariftreue- und Vergabegesetz Nordrhein-Westfalen (ZVB-TVgG) für die Vergabe von Leistungen,
 - der Vergabe- und Vertragsordnung für Bauleistungen – Teil B: Allgemeine Vertragsbedingungen für die Ausführung von Bauleistungen (VOB/B), Ausgabe 2016 in zuletzt durch Bekanntmachung vom 07.01.2016 geänderten Fassung.
- 1.2 Bei etwaigen Widersprüchen zwischen den Vertragsbestandteilen gelten diese in ihrer Rangfolge gemäß § 1 Abs. 2. Bei etwaigen Widersprüchen zwischen der Leistungsbeschreibung und deren Anlagen geht die Leistungsbeschreibung vor.

2. Technische Regelwerke (§ 1 Abs. 2)

- 2.1 In den Vergabeunterlagen genannte technische Regelwerke sind Zusätzliche Technische Vertragsbedingungen im Sinne von § 1 Abs. 2 Nr. 4.
- 2.2 Die in den Allgemeinen Technischen Vertragsbedingungen und den übrigen Vergabeunterlagen genannten DIN- Normen sind für die Kalkulation des Angebotes in der drei Monate vor dem Eröffnungs-/ Einreichungstermin gültigen Fassung maßgebend.

3. Vergütung (§ 2)

3.1 Preisermittlungen

- 3.1.1 Der Auftragnehmer hat auf Verlangen die Preisermittlung für die vertragliche Leistung (Urkalkulation) dem Auftraggeber verschlossen zur Aufbewahrung zu übergeben. Dies gilt auch für Nachunternehmerleistungen. Der Auftraggeber darf die Preisermittlung bei Vereinbarung neuer Preise oder zur Prüfung von sonstigen vertraglichen Ansprüchen öffnen und einsehen, nachdem der Auftragnehmer davon rechtzeitig verständigt und ihm freigestellt wurde, bei der Einsichtnahme anwesend zu sein. Die Preisermittlung wird nach vorbehaltloser Annahme der Schlusszahlung zurückgegeben.
- 3.1.2 Sind nach § 2 Abs. 3, 5, 6, 7 und/oder 8 Nr. 2 Preise zu vereinbaren, hat der Auftragnehmer auf Verlangen seine Preisermittlungen für diese Preise einschließlich der Aufgliederung der Pauschalsummen und der Einheitspreise (Zeitansatz und alle

Teilkostenansätze), spätestens mit dem Nachtragsangebot vorzulegen sowie die erforderlichen Auskünfte zu erteilen. Dies gilt auch für Nachunternehmerleistungen.

- 3.2 Soweit in der Leistungsbeschreibung / dem Leistungsverzeichnis ausdrücklich Einheitspreise angegeben sind, ist der Einheitspreis der vertragliche Preis, auch wenn der Gesamtbetrag einer Ordnungszahl (Position) nicht dem Produkt aus Einheitspreis und Mengenansatz entspricht.
- 3.3 Der AN hat den AG von sich aus unverzüglich darauf hinzuweisen, wenn es für ihn erkennbar in einer LV-Position zu einer über 10 v. H. hinausgehende Unter- oder Überschreitung des Mengenansatzes kommen wird.

4. Veröffentlichung und Vervielfältigung von Ausführungsunterlagen (§ 3)

- 4.1 Der Auftragnehmer darf Veröffentlichungen über die Leistung nur mit vorheriger schriftlicher Zustimmung des Auftraggebers vornehmen.
- 4.2 Der Auftraggeber, die Klinikum Gütersloh gGmbH (KGT) darf die vom Auftragnehmer beschafften Ausführungsunterlagen für die Durchführung der Leistung und ihre Erhaltung vervielfältigen und verwenden, für andere Zwecke nur mit Zustimmung des Auftragnehmers.
- 4.3 Auf erkannte Widersprüche innerhalb der Leistungsbeschreibung und/oder den Plänen hat der AN unverzüglich hinzuweisen. Eine Entscheidung des AG ist unverzüglich herbeizuführen. Behinderungen, die schuldhaft auf ein entsprechendes Unterlassen zurückführbar sind, können hierauf nicht gestützt werden. Im Zweifelsfalle gilt, vorbehaltlich der Entscheidung des AG, jeweils die höherwertige, aufwendigere oder umfangreichere Leistung als vereinbart.

Bei Widersprüchen zwischen Leistungsverzeichnis und Zeichnungen geht grundsätzlich das Leistungsverzeichnis vor.

Der AN erhält Ausführungszeichnungen und andere Ausführungsunterlagen ausschließlich digital im Dateiformat PDF. Papieraufbereitungen werden nur gegen Erstattung der Selbstkosten abgegeben.

Übergabe von Ausführungsunterlagen für Revisions- und Montageplanung im Dateiformat DWG erfolgt nur nach Zustimmung des AG.

Alle vom AN aufgestellten Zeichnungen, Berechnungen etc., die im Rahmen dieses Auftrages an die Architekten, die Fachplaner oder den AG geliefert werden, gehen, unbeschadet der Regelung in § 3 Abs. 6, in das Eigentum des AG über.

Die Genehmigung der vom AN erstellten Ausführungsunterlagen entbindet den AN nicht aus seiner Verantwortung und Haftung für die Richtigkeit seiner Leistung.

Sämtliche Maße sind vom AN am Bau eigenverantwortlich zu prüfen.

Der AG behält sich vor, zu den Vertragsleistungen Muster in angemessenem Umfang zu verlangen, die der AN unentgeltlich zu liefern und deren Bezugsquellen er auf Verlangen nachzuweisen hat.

Der AN hat von technischen Anlagen bei den Herstellern Betriebs- und Anlagenbeschreibungen anzufordern und dem AG nach Fertigstellung seiner Arbeiten unverzüglich, jedoch spätestens am Tag der Abnahme zu übergeben.

5. Ausführung der Bauleistungen (§ 4)

5.1 Objekt-/Bauüberwachung

Die Objekt- bzw. Bauüberwachung obliegt dem Auftraggeber.

Der mit der Wahrnehmung beauftragte Architekt/Ingenieur wird nach der Auftragserteilung in Textform bekanntgegeben. Änderungen in der Person des beauftragten Architekten/Ingenieurs wird der Auftraggeber dem Auftragnehmer unter Nennung des Zeitpunkts, zu dem die Änderung eintritt, in Textform mitteilen. Anordnungen Dritter dürfen nicht befolgt werden.

Die Objektüberwachung und die Fachbauleitung sind, ohne ausdrückliche schriftliche Ermächtigung des AG, nicht zur Eingehung rechtsgeschäftlicher Verpflichtungen für den AG befugt, insbesondere nicht für Auftragserweiterungen oder -änderungen.

5.2 Sicherheitskoordination

Der mit der Wahrnehmung beauftragte Sicherheitskoordinator/-in wird nach der Auftragserteilung in Textform bekanntgegeben. Änderungen in der Person des beauftragten Sicherheitskoordinators/-in wird der Auftraggeber dem Auftragnehmer unter Nennung des Zeitpunkts, zu dem die Änderung eintritt, in Textform mitteilen. Anordnungen Dritter dürfen nicht befolgt werden

5.3 Der mit der Wahrnehmung der Gesamtprojektleitung und Bauleitung (deutschsprachig) beauftragte Mitarbeiter wird vom Auftragnehmer unverzüglich nach der Auftragserteilung in Textform bekanntgegeben. Der Auftragnehmer hat die in Satz 1 genannte Person während des gesamten Bauprojekts als Verantwortlichen und Ansprechpartner des Auftraggebers einzusetzen. Der Auftragnehmer darf, die in Absatz 1 genannte Person nur bei Vorliegen eines wichtigen Grundes austauschen. Einen wichtigen Grund im Sinne des Satzes 3 stellen insbesondere eine längerfristige Erkrankung oder eine arbeitnehmerseitige Kündigung dar.

5.4 Baubesprechungen

Der Auftragnehmer ist zur Durchführung regelmäßiger, mindestens einmal wöchentlicher, auf berechtigtes Verlangen des Auftraggebers auch häufiger, Baubesprechungen mit allen am Bau und an der Planung Beteiligten verpflichtet. Die Besprechungen sind durch den Auftragnehmer zu protokollieren und von den Parteien zu unterschreiben. Die Protokolle sind dem Auftraggeber innerhalb von 3 (drei) Werktagen nach der jeweiligen Besprechung zu übergeben.

5.5 Werbemaßnahmen

Werbemaßnahmen des Auftragnehmers auf der Baustelle sind nur nach vorheriger Abstimmung mit dem Auftraggeber zulässig.

5.6 Einsichtsrechte

Der Auftraggeber, die KGT sowie deren Beauftragte sind jederzeit berechtigt, die Baustelle zu betreten, zu besichtigen und zu filmen bzw. zu fotografieren und unter Einhaltung der anwendbaren datenschutzrechtlichen Vorschriften — sofern dies gewünscht wird — eine Webcam auf der Baustelle zur Dokumentation des Baufortschritts im Internet zu installieren. Dazu gehört auch die Durchführung von Baustellenführungen der KGT für Gäste, welche mit dem Auftragnehmer abzustimmen sind.

5.7 Bautagesberichte

Der AN erstattet der Objektüberüberwachung bzw. dem Fachplaner täglich schriftlich Bericht (Tagesbericht) mit genauen Angaben über Soll- und Istzustand der terminlichen Abwicklung, Behinderungen, die Baustellenbesetzung sowie über Temperatur und Witterungsverhältnisse, Unfälle und sonstige wichtige Vorkommnisse. Hierfür sind die Muster des AG zu verwenden.

5.8 Baustelleneinrichtungsplan

Vor Beginn der Einrichtung der Baustelle hat der AN der Objektüberwachung detaillierten Baustelleneinrichtungsplan vorzulegen und nach Abstimmung ggf. zu überarbeiten.

5.9 Bauen im Krankenhaus / Arbeitszeit

Aufgrund der besonderen Bedingungen im Krankenhausbau legt der AG für Arbeiten, die den Krankenhausbetrieb stören (insbesondere Arbeiten, die mit Lärm oder Erschütterungen verbunden sind) folgende Arbeitszeiten fest:

Generell gilt eine Arbeitszeit Montag bis Freitag von 7:00 bis 18:00 Uhr. Sämtliche darüber hinaus gehenden Arbeiten bedürfen der Zustimmung des AG. Lärmintensive Arbeiten sollen zwischen 12:00 Uhr und 14:00 Uhr und nach 20:00 Uhr vermieden werden.

Grundsätzlich ist die Bauleitung darüber zu informieren, wann insbesondere Arbeiten, die mit Lärm oder Erschütterungen verbunden sind, stattfinden.

Der AG behält sich vor, bei Erfordernis des Krankenhausbetriebes darüberhinausgehende Einschränkungen vorzunehmen.

5.10 Sprache, Vertretung des Auftragnehmers, Arbeitskräfte-Einsatz

Alle schriftlichen Äußerungen des AN müssen in deutscher Sprache abgefasst sein.

Fremdsprachliche schriftliche Äußerungen Dritter (z. B. Bescheinigungen, sonstige Unterlagen von Behörden und Privaten) sind mit deutscher Übersetzung einzureichen. Die Übersetzung behördlicher Bescheinigungen muss durch die jeweilig zuständige öffentliche Stelle (Botschaft, Konsulat) beglaubigt sein.

Der AN hat dafür zu sorgen, dass während der Arbeit auf der Baustelle ständig eine Person anwesend ist, die es ermöglicht, in deutscher Sprache auch fachspezifisch zu kommunizieren und zu verhandeln. Kommt der AN dieser Verpflichtung trotz Mahnung durch den AG nicht nach, so ist dieser berechtigt, einen Dolmetscher auf Kosten des AN heranzuziehen.

Arbeitskräfte des AN, die den berechtigten Anforderungen des AG nicht entsprechen, sind auf Verlangen des AG zu entfernen und durch geeignete Kräfte zu ersetzen.

Der AN hat auf der Baustelle für seinen Arbeitsbereich einen als Fachbauleiter geeigneten Mitarbeiter zu stellen. Der AN hat auf der Baustelle ferner ständig einen weisungsberechtigten Vertreter vorzuhalten, der während der Bauzeit nur mit Zustimmung der Objektüberwachung bzw. mit Zustimmung des Fachplaners ausgetauscht werden darf. Dessen Name ist der Objektüberwachung bzw. dem Fachplaner schriftlich mit der ausdrücklichen Erklärung mitzuteilen, dass dieser berechtigt ist, die Anordnungen der Objektüberwachung bzw. dem Fachplaner auszuführen und zu beachten sowie gemeinsame Aufmaße verbindlich gegenzuzeichnen.

6. Einsatz und Austausch von Nachunternehmern (§ 4 Abs. 8)

- 6.1 Leistungen, auf die der Betrieb des Auftragnehmers nicht eingerichtet ist, dürfen nur mit vorheriger schriftlicher Zustimmung des Auftraggebers auf Nachunternehmer übertragen werden. Dies gilt sowohl für die Übertragung von Leistungen durch den Auftragnehmer auf Nachunternehmer als auch für die Übertragung von Leistungen durch einen Nachunternehmer auf jeden weiteren Nachunternehmer. Der Auftragnehmer hat sicherzustellen, dass vor jeder Übertragung solcher gemäß § 4 Abs. 8 Nr. 1 im eigenen Betrieb auszuführender Leistungen - auch durch Nachunternehmer - die schriftliche Zustimmung des Auftraggebers eingeholt wird. Dies gilt auch für den Austausch von Nachunternehmen. Die Zustimmung ist schriftlich unter der Angabe der Firma des neu zu beauftragenden Nachunternehmers und der Zahl seiner Beschäftigten zu beantragen.

Die Zustimmung kann insbesondere von der Vorlage der Handwerks-/Gewerbekarte, einer Auskunft aus dem Gewerbezentralregister oder eines Führungszeugnisses sowie vom Nachweis einer gültigen Gewerbemeldung, der erforderlichen gültigen Unbedenklichkeitsbescheinigung des Finanzamtes, des städtischen Steueramtes, der Krankenkasse und Berufsgenossenschaft sowie der Soka Bau - bezogen auf den neu zu beauftragenden Nachunternehmer - abhängig gemacht werden.

Im Einzelfall können weitere Unterlagen – bezogen auf den neu zu beauftragenden Nachunternehmer – wie zum Beispiel Referenzen, Angabe der Umsätze der letzten drei Jahre oder Qualifikationsnachweise gefordert werden. Jeder Nachunternehmer darf auf der Baustelle erst dann tätig werden, wenn der Auftraggeber die erforderliche schriftliche Zustimmung zur Beauftragung des Nachunternehmers erteilt hat. Auch jeder Nachunternehmer hat die übertragenen Leistungen grundsätzlich durch den eigenen Betrieb mit eigenem Personal

auszuführen. Der Auftragnehmer hat sicherzustellen, dass dies von allen Nachunternehmern beachtet wird.

- 6.2 Eine vorherige schriftliche Zustimmung des Auftraggebers ist nicht erforderlich bei dem Einsatz von Nachunternehmen für Leistungen, die der Auftragnehmer bereits in seinem Angebot als solche benannt hat, die er im Wege von Unteraufträgen an Dritte zu vergeben beabsichtigt. Ziffer 6.4 dieser BVB ist auch in diesen Fällen zu beachten.
- 6.3 Der Auftragnehmer darf Leistungen nur an Nachunternehmer übertragen, die fachkundig, leistungsfähig und zuverlässig sind; dazu gehört auch, dass sie ihren gesetzlichen Verpflichtungen zur Zahlung von Steuern und Sozialabgaben nachgekommen sind und die gewerberechtlichen Voraussetzungen erfüllen sowie die Vorgaben des TVgG, insbesondere über Tarif- bzw. Mindestlöhne beachten. Er hat die Nachunternehmer bei Anforderung eines Angebots davon in Kenntnis zu setzen, dass es sich um einen öffentlichen Auftrag handelt und insbesondere das TVgG zu beachten ist. Entsprechendes gilt für den Einsatz von Verleihern von Arbeitskräften.
- 6.4 Der Auftragnehmer hat spätestens bis zum Leistungsbeginn des Nachunternehmens Art und Umfang der Leistungen sowie Name, Anschrift und Berufsgenossenschaft (einschl. Mitgliedsnummer) des hierfür vorgesehenen Nachunternehmens schriftlich bekanntzugeben. Dies gilt auch bei Leistungen, auf die der Betrieb des Auftragnehmers nicht eingerichtet ist.

7. Beistellungen durch den Auftraggeber (§ 4 Abs. 4)

7.1 Lager- und Arbeitsplätze

Dem Auftragnehmer werden gemäß § 4 Abs. 4 Lager- und Arbeitsplätze auf der Baustelle zur Mitbenutzung überlassen. Lagerplätze werden in begrenztem Umfang auf dem Baugrundstück gemäß Baustelleneinrichtungsplan zur Verfügung gestellt. Vom Auftraggeber zur Verfügung gestellte Lagerplätze, Arbeitsplätze und Zufahrtswege sind vom Auftragnehmer dem früheren Zustand entsprechend instand zu setzen.

Der AN hat für die Anlieferung der von ihm benötigten Materialien zu sorgen, diese sind frei Verwendungsstelle anzuliefern. Der AN ist auch dafür verantwortlich, dass die Materialien ordnungsgemäß an der Baustelle abgeliefert und abgeladen werden. Darüber hinaus erforderliche Lagerplätze hat der AN zu beschaffen; die Kosten sind in die Vertragspreise einzukalkulieren, ebenso evtl. Umsetzen, Abbau und Wiederherichten der Flächen. Es besteht keine Verpflichtung des AG, zusätzliche (Zwischen)Lagerplätze in direkter Nähe der Verwendungsstelle bereitzustellen oder herzurichten.

Soweit im Leistungsverzeichnis die bauseitige Lieferung von Bau- und Werkstoffen vorgesehen ist, hat der AN alle bauseits gelieferten, durch ihn einzubauenden Bau- und Werkstoffe rechtzeitig abzurufen, auf der Baustelle abzunehmen, abzuladen und bis zum Einbau sachgemäß zu lagern und sicher zu verwahren. Die Kosten sind in die Einheitspreise einzurechnen. Mangelhafte Teile sind sofort zurückzuweisen. Für Schäden und Verluste während der Verwahrung oder beim Einbau haftet der AN.

7.2 Verkehrswege innerhalb des Baugeländes

Der Auftragnehmer darf Verkehrswege innerhalb des Baugeländes nutzen. Hierbei hat er die Anweisungen des Auftraggebers bzw. von diesem mit der Objekt-/Bauüberwachung beauftragter Personen zu befolgen.

Die Wahrnehmung aller Verkehrssicherungspflichten und Einhaltung aller öffentlich-rechtlichen Vorschriften und Sicherheitsbestimmungen, insbesondere der Baustellenverordnung im Zusammenhang mit der Durchführung des Bauvorhabens bis zur Übergabe an den AG bzw. bis zur Abnahme obliegt dem AN.

Verschmutzungen öffentlicher und nichtöffentlicher Straßen sowie allgemein zugänglichen Verkehrsflächen rund um das Baugrundstück sind unaufgefordert vom AN unverzüglich zu beseitigen. Der AN stellt dem AG in diesem Zusammenhang von allen Ansprüchen Dritter die Verletzung der Verkehrssicherungspflicht betreffend frei.

8. Ausführungsfristen (§ 5)

Die in der Leistungsbeschreibung angegebenen Ausführungs- und Zwischenfristen sind verbindlich und stellen Vertragsfristen im Sinne von § 5 Abs. 1 dar.

Der zeitliche Ablauf der Arbeiten des AN ist durch die in den besonderen Vertragsbedingungen vertraglich vereinbarten Ausführungsfristen festgelegt. Der AN ist verpflichtet auf Grundlage dieser Einzelfristen einen detaillierten Baufristenplan, einschließlich Kapazitätsplanung, also leistungsorientiert, über seine vertraglichen Leistungen zu erstellen, anhand dessen die Einhaltung der Fristen gem. der besonderen Vertragsbedingungen dargelegt und unter Berücksichtigung der Randbedingungen zum Bauablauf nachgewiesen und überwacht werden können.

Der Baufristenplan ist dem AG digital zu übergeben - Übergabe 12 Werktage nach Auftragserteilung, bei Überarbeitungen unverzüglich - spätestens nach 3 Werktagen.

Aus dem Baufristenplan muss hervorgehen, wie die zeitlichen Vorgaben mit welchen Ressourcen umgesetzt werden:

- Taktung der einzelnen Bauabschnitte, sowohl vertikal als auch horizontal, im zeitlichen Bauablauf der Gesamtmaßnahme
- Fertigungsplanung, Arbeitsvorbereitung, Bestellfristen
- Fertigung im Werk, Nachunternehmerleistungen, Beschichtungen
- Vorleistungen Dritter als Voraussetzung für den Beginn auch von Teilleistungen, z. B. Ausführungs- und Detailplanung, geprüfte Statik...
- Aufmaße, Werkplanung Stahlbau, Vorleistungen, Vermessungsarbeiten
- Freigaben, - Materiallieferfristen, Vorbereitungen, Fertigungsfristen Arbeitsvorbereitung Stahlbau
- Leistungsbeginn, getaktet nach Baukörpern, ebenen- und fassadenweise
- Fertigstellungen, getaktet nach Baukörpern, ebenen- und fassadenweise

Die Ablaufgeschwindigkeiten und Reihenfolgen müssen mit den fachlich Beteiligten und Fachbauleitungen abgestimmt und sich in den Gesamtablaufplan einfügen. Die Arbeiten können ggf. nur abschnittsweise ausgeführt und fertig gestellt werden. Die Arbeiten sind so zu takteten und mit Ressourcen zu besetzen, dass in mehreren Abschnitten gleichzeitig gearbeitet werden kann.

Teilleistungen sind auch zeitlich versetzt auszuführen. Die festgelegten Abläufe werden Basis der Ausführung. Die Einhaltung des vereinbarten Ablaufplanes ist dem AG durch den AN regelmäßig schriftlich nachzuweisen und auch im Bautagebuch zu dokumentieren.

9. Behinderung und Unterbrechung der Ausführung (§6)

Behinderungsanzeigen im Sinne von § 6 Abs. 1 sowie Bedenkenanzeigen sind außerhalb des zu führenden Bautagebuchs gesondert und in Textform gegenüber dem Auftraggeber je Behinderungsereignis oder Bedenkenumstand unter konkreter Darlegung der Umstände in Textform anzuzeigen. Dies gilt auch für „sich abzeichnende“ Behinderungen.

10. Mitteilung von Bauunfällen (§ 10 Abs. 2)

10.1 Bewachung und Verwahrung der Bauunterkünfte, Arbeitsgeräte, Arbeitskleider usw. des Auftragnehmers oder seiner Erfüllungsgehilfen - auch während der Arbeitsruhe - ist Sache des Auftragnehmers; der Auftraggeber ist dafür nicht verantwortlich, auch wenn sich diese Gegenstände auf seinen Grundstücken befinden.

10.2 Der Auftragnehmer hat Bauunfälle, bei denen ein Personen- oder Sachschaden entstanden ist, dem Auftraggeber unverzüglich mitzuteilen.

11. Abnahme (§ 12)

11.1 Die Leistung des Auftragnehmers wird förmlich abgenommen.

11.2 Auf Verlangen des Auftraggebers oder des Auftragnehmers finden Teilabnahmen von in sich abgeschlossenen Teilen der Leistung statt.

11.3 Zur Vorbereitung der Abnahmen erfolgen vorab gemeinsame Begehungen, über die Mängelprotokolle anzufertigen sind. Vor Durchführung der Abnahme muss der Auftragnehmer, die bei den Begehungen festgestellten und protokollierten wesentlichen Mängel vollständig beseitigt haben. Für die Begehungen ist seitens des Auftragnehmers ein ausreichender Zeitraum von mindestens vier (4) Wochen vor Fertigstellung der Leistungen einzuplanen. Sobald nach Meinung des Auftragnehmers der vorgenannte Zeitpunkt erreicht ist, fordert der Auftragnehmer den Auftraggeber schriftlich zur Durchführung der Vorbegehungen auf.

11.4 Voraussetzung für die jeweiligen Abnahmen ist, dass:

11.4.1 alle geschuldeten Planungs- und Bauleistungen fertiggestellt sind;

11.4.2 die in den Protokollen der Vorbegehungen festgestellten Mängel/Restleistungen, soweit diese wesentlich sind, zum Zeitpunkt der Abnahme beseitigt sind und der Auftragnehmer die Mängel gegenüber dem Auftraggeber frei gemeldet hat und

11.4.3 sämtliche vom Auftragnehmer vor den Abnahmen zu beschaffenden Abnahme- und Prüfbescheinigungen, die für den ordnungsgemäßen Betrieb erforderlich sind, ohne wesentliche Beanstandungen, Auflagen oder Vorbehalte vorliegen.

11.5 Soweit vor der förmlichen Abnahme eine Nutzung von Teilbereichen erforderlich ist, z.B. für Einbauten des Auftraggebers, ist zuvor eine Begehung der Vertragsparteien durchzuführen, über deren Ergebnisse ein Protokoll anzufertigen ist. Das Protokoll ist von beiden Seiten zu unterzeichnen. Mit der Unterschrift des Auftraggebers geht die Gefahr sowie die Beweislast für das Vorliegen von Mängeln, die nicht im Protokoll aufgeführt sind, vom Auftragnehmer auf den Auftraggeber über. Unberührt bleibt das Erfordernis einer förmlichen Abnahme.

11.6 Das Abnahmeprotokoll ist von beiden Vertragsparteien zu unterzeichnen. Im Falle von Meinungsverschiedenheiten über den in das Protokoll aufzunehmenden Sachverhalt sind beide Parteien berechtigt und verpflichtet, ihre divergierenden Auffassungen zu Protokoll zu geben.

11.6.1

12. Mängelansprüche (§ 13)

12.1 Die Verjährungsfrist für Mängelansprüche des Auftraggebers beträgt, abweichend von § 13 Abs. 4 Nr. 1, fünf (5) Jahre; § 13 Abs. 4 Nr. 2 VOB/B findet keine Anwendung.

12.2 Um eine reibungslose Abwicklung von Nachbesserungsarbeiten des Auftragnehmers zu gewährleisten, stimmt der Auftragnehmer nach einer Mängelrüge des Auftraggebers die Mängelbeseitigung und deren Zeitpunkt rechtzeitig mit dem Auftraggeber ab.

13. Rechnungen (§§ 14 und 16)

13.1 Rechnungen sind ihrem Zweck nach als Abschlags-, Teilschluss- oder Schlussrechnung zu bezeichnen; die Abschlags- und Teilschlussrechnungen sind durchlaufend zu nummerieren.

- 13.2 In jeder Rechnung sind die Teilleistungen in der Reihenfolge, mit der Ordnungszahl (Position) und der Bezeichnung – ggf. abgekürzt – wie im Leistungsverzeichnis aufzuführen.
- 13.3 Die Rechnungen sind mit den Vertragspreisen ohne Umsatzsteuer (Nettopreise) aufzustellen; der Umsatzsteuerbetrag ist am Schluss der Rechnung mit dem Steuersatz einzusetzen, der zum Zeitpunkt des Entstehens der Steuer, bei Schlussrechnungen zum Zeitpunkt des Bewirkens der Leistung gilt.
- 13.4 In jeder Rechnung sind Umfang und Wert aller bisherigen Leistungen und die bereits erhaltenen Zahlungen mit gesondertem Ausweis der darin enthaltenen Umsatzsteuerbeträge anzugeben.
- 13.5 Nebenleistungen werden nicht vergütet und gehören ohne Erwähnung zur vertraglichen Leistung. Im Zweifel gelten zur Abgrenzung von Neben- und Besonderen Leistungen die ATV DIN 18299 ff (VOB/C).
- 13.6 Gemeinsames Aufmaß
Es wird vereinbart, dass vor jeder Rechnungslegung, Abschlags- oder Schlussrechnung, ein Aufmaß vom AN erstellt und von der Objektüberwachung geprüft wird. Ggf. erfolgt eine gemeinsame Feststellung. Nur das geprüfte Aufmaß ist Bestandteil der Rechnung. Die Aufstellung / die Schriftform des Aufmaßes ist durch den AN zu erstellen.
- 13.7 Schlussrechnungen
Die Schlussrechnungsstellung setzt die ordnungsgemäße Leistungsabnahme nach diesem Vertrag voraus.
Schlussrechnungen dürfen zudem erst eingereicht werden, wenn
- die Leistungen in allen Punkten – auch wenn nicht im ursprünglichen LV enthalten – erfüllt sind,
 - die Beseitigung der festgestellten Mängel erfolgreich abgeschlossen worden ist.
- Zurückbehaltungs- und Aufrechnungsmöglichkeiten bleiben unbenommen.

14. Zahlungen (§ 16)

- 14.1 Alle Zahlungen werden bargeldlos in Euro geleistet.
- 14.2 Ansprüche auf Abschlagszahlungen werden binnen 30 Tagen nach Zugang der Aufstellung fällig.
- 14.3 Der Anspruch auf Schlusszahlung wird binnen 60 Tagen nach Zugang der prüfbaren Schlussrechnung fällig.
- 14.4 Soweit der Auftragnehmer berechtigt gemäß § 650c Abs. 3 BGB eine Abschlagszahlung in Höhe von achtzig Prozent (80 %) seines Angebots nach § 650b Abs. 1 BGB verlangt, leistet der Auftraggeber ihm die entsprechende Zahlung Zug-um-Zug gegen eine Abschlagszahlungsbürgschaft entsprechend Ziffer 17 dieser BVB, die einen etwaigen Rückzahlungsanspruch des Auftraggebers absichert. Beiden Parteien bleibt vorbehalten, eine anderslautende gerichtliche Entscheidung gemäß § 650c Abs. 3 BGB zu erwirken.
- 14.5 Zusätzliche Stundenlohnarbeiten sind nicht vorgesehen und werden nur vergütet, wenn sie vom Auftraggeber vorher ausdrücklich angeordnet werden. Die Unterzeichnung von Stundenlohnzetteln gilt als Anerkenntnis lediglich hinsichtlich der Art und Umfang der erbrachten Leistung. Sofern ausdrücklich und schriftlich eine Vergütung nach Zeitaufwand vereinbart wird, ist dem Auftraggeber der Nachweis über den Zeitaufwand (Datum, Zeitaufwand, Personen, konkreter Inhalt der einzelnen Tätigkeiten) zeitnah, mindestens monatlich zur Prüfung vorzulegen.

15. Sicherheitsleistungen (§ 17)

Folgende Sicherheitsleistung ist vereinbart:

Sicherheit für die Vertragserfüllung in Höhe von 10 % der Auftragssumme.

Sicherheit für die Gewährleistungsansprüche (Mängelansprüche) in Höhe von 5 % der Auftragssumme einschließlich erteilter Nachträge.

15.1 Leistet der Auftragnehmer Sicherheit durch Bürgschaft, ist dafür das jeweils einschlägige Formblatt des Auftraggebers zu verwenden bzw. muss die Bürgschaft den Formblättern des Auftraggebers entsprechen, und zwar für

- die Vertragserfüllung das Formblatt „Vertragserfüllungsbürgschaft“
- die Mängelansprüche das Formblatt „Mängelansprüchebürgschaft“
- vereinbarte Vorauszahlungen und Abschlagszahlungen gem. § 16 Abs. 1 Nr. 1 S. 3 oder Ziffer 16.4 dieser BVB das Formblatt „Abschlagszahlungs-/Vorauszahlungsbürgschaft.“

15.2 Die Bürgschaftsurkunden müssen den Anforderungen des Auftraggebers entsprechen (§ 17 Abs. 4 S. 2 Hs. 2). Hierunter fallen ggf. folgende Erklärungen des Bürgen:

- Der Bürge übernimmt für den Auftragnehmer die selbstschuldnerische Bürgschaft nach deutschem Recht. Auf die Einrede der Vorausklage gem. § 771 BGB wird verzichtet.
- Die Bürgschaft ist unbefristet; sie erlischt mit der Rückgabe dieser Bürgschaftsurkunde.
- Die Bürgschaftsforderung verjährt nicht vor der gesicherten Hauptforderung. Nach Abschluss des Bürgschaftsvertrages getroffene Vereinbarungen über die Verjährung der Hauptforderung zwischen dem Auftraggeber und dem Auftragnehmer sind für den Bürgen nur im Fall seiner schriftlichen Zustimmung bindend.
- Gerichtsstand ist der Sitz der zur Prozessvertretung des Auftraggebers zuständigen Stelle.

15.3 Die Urkunde über die Abschlagszahlungsbürgschaft wird zurückgegeben, wenn die Stoffe und Bauteile, für die Sicherheit geleistet worden ist, eingebaut sind.

15.4 Die Urkunde über die Vorauszahlungsbürgschaft wird zurückgegeben, wenn die Vorauszahlung auf fällige Zahlung angerechnet worden ist.

15.5 Abweichend zu § 17 Abs. 8 Nr. 2 VOB/B hat der AG Sicherheiten für Mängelansprüche erst mit Ablauf der für diese Ansprüche nach dem Vertrag geltenden Verjährungsfrist zurückzugeben.

Abweichend zu Punkt 4. BVB (Formblatt 214) ist die Sicherheit für Vertragserfüllungsansprüche vom AN für Aufträge ab 100.000.-- € zu leisten.

Abweichend zu Punkt 5. BVB (Formblatt 214) ist die Sicherheit für Mängelansprüche vom AN für in Höhe von 5% zu leisten.

Zusätzlich zu Punkt 5. BVB (Formblatt 214) sind die Sicherheiten für Mängelansprüche vom AN für vorläufige Abrechnungssummen ab 100.000.--€ zu leisten.

16. Steuerabzug bei Bauleistungen

Der Auftragnehmer verpflichtet sich, jede vom zuständigen Finanzamt vorgenommene Änderung in Bezug auf die vorgelegte Freistellungsbescheinigung (§ 48b EStG) dem Auftraggeber unverzüglich schriftlich mitzuteilen.

17. Umsatzsteuerveränderungen

Bei Umsatzsteuerveränderungen wirkt der AN bei der Abgrenzung und Abrechnung von teils fertig gestellten Leistungen mit. Über die bereits erbrachten Leistungen ist eine Schlussrechnung für Teilleistungen zu erstellen und der veränderte Steuersatz nur für die Restleistungen einzusetzen, soweit gesetzlich nichts anderes vorgeschrieben ist. Das setzt eine Abnahme der betreffenden Teilleistungen voraus.

18. Versicherung

18.1 Bauleistungsversicherung:

Der AG schließt für das gesamte Projekt eine Bauleistungsversicherung ab. Die Kosten der Versicherung werden nicht auf den AN umgelegt. Der Versicherungsvertrag sieht eine Selbstbeteiligung in Höhe von 2.500,- € pro Schadensfall vor. Soweit das Gewerk des AN betroffen ist, trägt dieser – auch im Verhältnis zu AG – den Selbstbehalt.

18.2 Haftpflichtversicherung:

Der AN ist verpflichtet, eine Haftpflichtversicherung für Personenschäden und für Sach- und Vermögensschäden mit Deckungssummen in angemessener Höhe abzuschließen und während der gesamten Ausführungszeit zu unterhalten.

Der AN hat den Abschluss der Versicherung und die Prämienzahlung unaufgefordert nach Vertragsabschluss nachzuweisen. Bis zum Nachweis hat der AN keinen Anspruch auf Abschlagszahlungen.

19. Baustrom, Bauwasser

Dem AN wird ein Stromanschluss kostenfrei zur Verfügung gestellt. Auf der Baustelle sind Baustromverteiler vorhanden. Die weitere Verzweigung für Zwecke des AN ist Nebenleistung und wird nicht gesondert vergütet. Die Stromentnahme aus dem Leitungsnetz ab bereitgestellter Entnahmestelle erfolgt in eigener Verantwortung des AN. Die einschlägigen VDE-Vorschriften und die technischen Anschlussbedingungen des zuständigen Versorgungsunternehmens für den Betrieb der elektrischen Anlagen und Geräte sind einzuhalten.

Dem AN wird ein kostenfreier Wasseranschluss zur Verfügung gestellt. Der AN hat von diesen Entnahmestellen bzw. von vorhandenen Endleitungen anderer AN unternehmereigene Versorgungsleitungen und Anschlüsse bis zu seiner Einsatzstelle zu verlegen. Der Auf- und Abbau darf nur mit Zustimmung der Objektüberwachung / Fachplaners erfolgen. Auf- und Abbau sowie das Vorhalten der Anschlüsse ist Nebenleistung und wird nicht gesondert vergütet. Der AN hat dafür zu sorgen, dass die von ihm gelegten Entnahme- und Einleitstellen jederzeit ordnungsgemäß sind und gewartet werden. Wasser darf nicht unkontrolliert entweichen. Abwasser muss ordnungsgemäß eingeleitet werden und darf keine größeren Verunreinigungen aufweisen als es die Entwässerungssatzung der Stadt vorschreibt.

20. Geschäftsbedingungen des Auftragnehmers

Geschäftsbedingungen des Auftragnehmers, insbesondere Zahlungs- und Lieferungsbedingungen, Angaben über Erfüllungsort und Gerichtsstand gelten nur dann, wenn sie vom Auftraggeber ausdrücklich und schriftlich angenommen sind.

Sofern ein Angebot eigene Geschäftsbedingungen enthält, der Bieter jedoch nicht ausdrücklich und individuell auf die Einbeziehung dieser verweist, gelten seine Geschäftsbedingungen nicht als Bestandteil seines Angebotes. Sofern die Geschäftsbedingungen ausdrücklich und individuell einbezogen werden, wird das Angebot nach Maßgabe der geltenden Rechtsprechung ausgeschlossen.

21. Abnahme-Dokumentation des AN

Ohne gesonderte Vergütung hat der AN im Rahmen der Ausführung eine Dokumentation nach Vorgabe des AG gemäß den beiliegenden Anforderungsprofil Lieferung von

Dokumentationsunterlagen durch den Auftragnehmer in der genannten Anzahl, Qualität und zeitlichen Reihenfolge in geordneter Form als Papiausdruck sowie digitale zu übergeben.

22. Ordnung und Sauberkeit

Siehe Baustellenordnung.

23. Baustellenort

Die Baustelle liegt im Gelände des Klinikums Gütersloh.

24. Vertragsänderungen

Jede Änderung des Vertrages bedarf der Schriftform.

25. Anwendbares Recht

Für die Regelung der vertraglichen und außervertraglichen Beziehungen zwischen den Vertragspartnern gilt ausschließlich das Recht der Bundesrepublik Deutschland, für ein evtl. gerichtliches Verfahren das Prozessrecht der Bundesrepublik Deutschland.

26. Gerichtsstand

Gerichtsstand ist der Sitz des AG.

27. Salvatorische Klausel

Sollten einzelne Bestimmungen dieser weiteren Besonderen Vertragsbedingungen unwirksam oder undurchführbar sein oder werden, so berührt dies die Gültigkeit der übrigen Bestimmungen nicht. Unwirksame oder undurchführbare Vertragsbestimmungen sind durch solche Regelungen zu ersetzen, die dem wirtschaftlichen Zweck der unwirksamen oder undurchführbaren Vertragsbestimmung am nächsten kommen, jedoch wirksam oder durchführbar sind.